Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 248. Donnerstag den 4. September 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die **Entschädigung** für die in der Zeit vom 20. bis mit 28. August d. J. allhier in der **inneren Stadt** einquartirt gewesenen **Truppen vom Königl. Sächs. 3. Infanterie-Regiment Nr. 107** kann in den nächsten Tagen bei unserem Quartieramte, Stadthaus, zweite Etage, Zimmer Nr. 107, erhoben werden.

Der den Quartierzettel Vorweisende gilt zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, am 29. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. L.

Bekanntmachung.

Die **Entschädigung** für die in der Zeit vom 20. bis mit 28. August d. J. allhier an der **Berliner, Blücher-, Eutritzscher, Gerber-** und **Nordstraße** einquartirt gewesenen **Truppen vom Königl. Sächs. 10. Infanterie-Regiment Nr. 134** kann in den nächsten Tagen bei unserem Quartier-Amte, Stadthaus, zweite Etage, Zimmer Nr. 107, erhoben werden.

Der den Quartierzettel Vorweisende gilt zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, am 29. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. L.

Bekanntmachung.

Die **Steinmetzarbeiten** an dem Neubau der **2. Bürgerschule** sollen vergeben werden. Die Anschlagsformulare und Bedingungen sind bei Herrn Hofbaumeister Brückwald, Nürnberger Straße 44, zu erhalten. Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift „**Steinmetzarbeiten 2. Bürgerschule**“ bis 5. September d. J. Nachmittags 5 Uhr auf dem Bauamte, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 5, abzugeben.

Leipzig, den 21. August 1884.

Die Baudeputation des Raths.

Bekanntmachung.

Auf Antrag der Erben des verstorbenen Stadtfecht Carl Louis Leopold **Lindemann** in Leipzig soll das denselben gehörige, hier in dem Gewandgäßchen unter Nr. 2 gelegene Hausgrundstück fol. 61 des Grund- und Hypothekenbuches für die Stadt Leipzig, welches am 30. Mai d. J. auf

28,400 ℳ

gewürdert worden ist, freiwillig versteigert werden.

Hierzu ist

der 22. September d. J. 11 Uhr Vormittags

als Bietungstermin, der an hiesiger Amtsgerichtsstelle, Peterssteinweg Nr. 86, Bureau Nr. 88 part., abgehalten werden soll, anberaumt worden, was unter Bezugnahme auf den am Gerichtsbrete aushängenden Anschlag hiermit bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 2. September 1884.

Königliches Amtsgericht V., 3.
Schenkel.

Holz-Auction.

Von der auf dem **Ehrenberger Walde** bei Zwenkau Forstreviers aufbereiteten Hölzern sollen

Donnerstag, den 11. September dieses Jahres,

und zwar:

Vormittags 9 Uhr im Grünig, Abtheilung 51
36 harte Langhaufen,
½11 Uhr im Kautzsch, Abtheilung 60 und 63
58 harte Langhaufen,
94 Rm eichene Brennknüppel,
13 „ „ Aeste,
36 „ hartes Abraumreisig

und

Mittags von 12 Uhr an im Forst, Abtheilung 66
15 eichene Klötzer, 10—22 cm stark,
6 ahornene u. eichene dergl., 13—22 cm stark, } 4,5—6 m lang,
4 Rm harte Brennknüppel,
18 „ hartes Abraumreisig

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen an Ort und Stelle versteigert werden.

Königliches Forstrentamt Wurzen und Königliche Revierverwaltung Zwenkau, den 1. September 1884.

Bachmann. Lemler.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 30. August 1884 sind an demselben Tage folgende Eintragungen erfolgt:

1) in unserem Gesellschaftsregister, woselbst unter Nr. 53 die Handelsgesellschaft in Firma:

Hirschlaff und Salomon

mit dem Sitze zu Lauban und einer Zweigniederlassung zu Berlin, eingetragen steht:

Spalte 4: Die Gesellschaft ist aufgelöst und ist das Handelsgeschäft mit der Zweigniederlassung in Berlin und mit dem Firmenrechte auf den Kaufmann Carl Salomon zu Berlin übergegangen. Die Firma ist nach Nr. 302 des Firmenregisters übertragen und im Gesellschaftsregister gelöscht;

2) in unserem Firmenregister unter Nr. 302 die Firma:

Hirschlaff und Salomon zu Lauban

mit einer Zweigniederlassung zu Berlin, und als deren Inhaber der Kaufmann Carl Salomon zu Berlin.

Lauban, den 30. August 1884.

Königliches Amtsgericht.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Kaufmann Ferdinand Bögges aus Emmerich, zuletzt in Leipzig wohnhaft, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Verbachts des Diebstahls verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichtsgefängniß zu Emmerich abzuliefern.

Emmerich, den 7. August 1884.

Königliches Amtsgericht.

Beschreibung: Alter: 34 Jahre. Größe: etwa 1.70 m. Statur: schlank. Haare: dunkelbraun, gekräuselt. Bart: brauner Vollbart. Augenbrauen: braun. Augen: dunkel. Nase: gewöhnlich. Mund: gewöhnlich. Kinn: gewöhnlich. Gesicht: schmal. Gesichtsfarbe: bleich. Sprache: deutsch. Besondere Kennzeichen: der rechte Arm ist gelähmt.

Vacante Bürgermeisterstelle in Zerbst.

Die **Bürgermeisterstelle** in hiesiger Stadt wird wegen Pensionirung des jetzigen Inhabers mit dem 1. October d. J. vacant und soll möglichst bald neu besetzt werden. Mit dem Amte sind ein pensionsberechtigtes jährliches Einkommen von 4500 ℳ und ca. 600 ℳ Nebeneinnahmen verbunden.

Bewerber, welche den Nachweis der Befähigung für das Richteramt oder für den höheren Verwaltungsdienst zu führen haben, werden ersucht, sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse bis

20. September c.

bei dem Unterzeichneten zu melden.

Zerbst, den 30. August 1884.

Sitzenstock, Stadtverordneten-Vorsteher.

Nichtamtlicher Theil.

Eugen Richter's Programmrede.

Eugen Richter hat vor einigen Tagen im zweiten Berliner Wahlkreise eine Rede gehalten, in welcher er die Parole für die bevorstehenden Reichstagswahlen ausgegeben hat. Sie lautet: Opposition gegen die Regierung, weil ihre Politik 300 bis 400 Millionen neuer Steuern verlangt. Ferner Wahl deutsch-freisinniger Abgeordneten, damit die Herstellung zweier Regierungsmehrheiten, einer conservativ-klerikalen und einer conservativ-nationalliberalen verhindert werde. Man muß gestehen, daß die Wahltaktik des Herrn Richter an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt. Das Recept für die Volksvertretung, die Anslage neuer Steuern zu versagen und der grundsätzlichen Lahmlegung der Regierung die Wege frei zu halten, wird sich stets des Beifalls der großen Menge erfreuen, welche die Arbeit des Denkens Anderen überläßt. Wer es aber nicht liebt, sich durch wohlfeile Phrasen abspeisen zu lassen, wer der Beantwortung der Frage nicht ausweicht, wohin denn die stete Verminderung aller von der Regierung in Vorschlag gebrachten Maßregeln führen muß, der wird zu dem Urtheil gelangen, daß ein traurigeres, werthloseres Programm nicht leicht erdacht werden konnte, als dasjenige, welches Herr Richter vor den Berliner Wählern entwickelt hat. Wir wollen einmal annehmen, daß Herr Richter mit der von ihm genannten Steuersumme das Richtige getroffen hätte, wo liegt das Aequivalent, welches er den Steuerzahlern für die Ablehnung der Regierungspolitik bietet? Er verlangt Widerstand gegen die socialpolitischen Pläne des Reichskanzlers und gleiches Recht für Alle. Also womöglich Abschaffung des Unfallversicherungsgesetzes und Aufhebung des Socialistengesetzes in der nächsten Legislaturperiode. Dann würde nach der Auffassung der „Freisinnigen“ die goldene Zeit der Selbsthilfe und der schrankenlosen Ausbeutung des Vereins- und Versammlungsrechtes, sowie der Preßfreiheit für socialistische Zwecke wieder anbrechen, das heißt, es würde der Zustand sich aufs Neue entwickeln, welcher im Jahre 1878 im deutschen Reiche bestand. Damit wäre es aber noch keineswegs genug, denn die socialistische Bewegung hat seit diesen sechs Jahren reißende Fortschritte gemacht. Zu der Socialdemokratie im eigentlichen Sinne ist der Anarchismus hinzugetreten, welcher das schrittweise systematische Vorgehen der Socialisten alten Schlages verwirft und die Zerstörung alles Bestehenden durch Dynamit und rücksichtslose Anwendung jeder Gewalt für das einzig probate Mittel zur Aufrichtung des socialistischen Staates empfiehlt. Unter der Herrschaft solcher Zustände würden allerdings keine neuen Steuern erhoben, aber es hörte auch jeder Erwerb überhaupt auf. Das Militair wäre ein überflüssiger Luxus, denn wenn es sich gegen die Socialisten auflehnte, so würde es einfach todt geschlagen und wenn es sich mit ihnen vereinigt, so kann es seiner Bestimmung doch nicht mehr dienen. Wozu überhaupt Militair? Die Verbrüderung aller Völker macht jeden ferneren Krieg unmöglich; jeder Bürger des socialistischen Staates hat zu die Mittel, um gleich den systematischen Ausbeutern der Gesellschaft in Saus und Braus leben zu können, Vaterland und Nationen giebt es nicht mehr und was dergleichen socialistische Zukunftsbilder mehr sind.

Herr Richter sagt ferner: Die Regierung ist bemüht, vor die Frage neuer Steuern zur Vermeidung des Deficites einen Vorhang zu ziehen und deshalb setzt sie an die Stelle der Hauptfrage die Frage: „Wie denken Sie über Afrika?“ Man sollte wirklich angesichts solcher Redeübungen glauben, daß die Regierung Steuern nur zu ihrem Vortheil und in ihrem eigenen Interesse erhebe. Damit sie dann die Taschen der Steuerzahlern um so ungenirter erleichtern könne, nehme sie zu Kunststücken ihre Zuflucht und mache den Wählern ein Gaukelspiel vor, damit sie nur ihren Zweck erreiche. Diese Art, öffentliche Interessen zu behandeln, können wir nur als leichtfertig und verderblich bezeichnen. Die Colonialfrage ist für die Zukunft des deutschen Reiches von so hervorragender Wichtigkeit, daß die Erweckung der Vorstellung, die Regierung bediene sich dieser Frage nur, um über zu hohe Steuern hinwegzuhelfen, nicht scharf genug verurtheilt werden kann. Glücklicherweise betrachtet die große Mehrzahl der denkenden Wähler diese Angelegenheit aus einem ganz anderen Gesichtspuncte wie Herr Richter und seine Horde, sie wissen, daß die mit Riesenschritten heranschreitende Uebervölkerung über kurz oder lang die Abgabe der überschießenden Kraft auf culturfähige und culturbedürftige Gebiete der übrigen Welttheile gebieterisch erheischt. Sie wollen ferner, daß Deutschland heute die Macht besitzt, um diese Kräfte nicht zur Unterstützung anderer Nationen herzugeben, sondern sie im Dienste des Mutterlandes zu verwenden. Das ist der Kern der Colonialfrage, der erst nach einer Reihe von Jahren zu Tage treten wird. Vorläufig handelt es sich darum, die Pfadfinder für die Entwickelung deutscher Kraft und deutschen Geistes in überseeischen Ländern gegen die ihnen drohenden Gefahren sicher zu stellen. Das ist die sehr handgreifliche und praktische Seite des angeblichen Gaukelspiels: „Wie denken Sie über Afrika?“

Wir möchten dem gegenüber die Frage aufwerfen: „Wie denken Sie über Herrn Richter?“ Vor einer Reihe von Jahren hat einmal Fürst Bismarck von den Journalisten gesagt, es seien meist Leute, welche ihren Beruf verfehlt haben. Das war zu jener Zeit offenbar richtig und ist es zum Theil noch heute. Es ist eine alte Erfahrung, daß Leute, die auf dem von ihnen ursprünglich erwählten Lebenswege Hindernisse finden und, statt diese durch Ausdauer und hartnäckigen Widerstand gegen die Unbilden des Schicksals und die Unannehmlichkeiten der gegebenen Verhältnisse zu überwinden, trotzig die selbstgewählte Bahn verlassen und sich ihr Geschick abseits vom gebahnten Wege zu gestalten suchen, dies durch Opposition gegen ihre ehemaligen Vorgesetzten anstreben. Fürst Bismarck hatte wohl, als er jenen Ausspruch that, auch Herrn Richter im Sinne, wenigstens wäre er dazu wohl berechtigt gewesen, denn Herr Richter gehört zu den Journalisten, welche ihren Lebensberuf verfehlt haben und welche auf dem Wege der Opposition gegen die Regierung, der sie einst ihre Dienste gewidmet hatten, ihr Glück zu machen suchen. Bei uns in Deutschland liegen die Verhältnisse aber anders als in England und Frankreich, unser ganzes politisches Leben ist viel zu sehr mit der monarchischen Grundlage und Entwickelung, welche sich auf dieser aufgebaut hat, verwachsen, als daß ein geschickt operirender Parteiführer Aussicht hätte, die Macht an sich zu reißen. Herr Richter ist lange Zeit Parteiführer gewesen, aber seine Kraft hat sich in ohnmächtigen Oppositionsbestrebungen erschöpft und das Ziel, welches er sich beim Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn setzte, einst selbst einen Ministerstuhl einzunehmen, ist unerreicht geblieben. Vergebliche Anstrengungen pflegen gleich dem Verlust beim Spiel die Laune nicht zu verbessern, und in dieser Lage befindet sich Herr Richter. Er steht heute nach langjährigen Bemühungen noch auf demselben Flecke, wie an dem Tage, als sein Name zuerst als der eines Parteiführers genannt wurde. Niemand wird bestreiten, daß Herr Richter ein sehr talentvoller und kenntnißreicher Mann ist, welcher seine bedeutenden Anlagen und werthvollen Erfahrungen am erfolgreichsten im Dienste der Staatsregierung verwerthet hätte. Aber für das, was Herrn Richter versagt blieb, dürfen die Wähler, welche stets das Gesammtwohl des Staates im Auge behalten müssen, nicht büßen und deshalb müssen und werden sie sich früher oder später von einem Einfluß losmachen, welcher wohl persönlichen und Partei-Interessen günstig sein mag, aber niemals dazu beitragen kann, der Wohlfahrt des deutschen Reiches als Stütze und Förderungsmittel zu dienen. Wir haben im Gegensatz zur deutschfreisinnigen Partei als Wahlparole gewählt: Summa lex salus reipublicae. Die Wohlfahrt des Staates ist unser höchstes Gesetz.

Leipzig, 4. September 1884.

* Das **Sedanfest** ist überall im deutschen Reiche in der erhebendsten Weise gefeiert worden. Es liegt uns darüber eine große Menge telegraphischer und brieflicher Meldungen vor, die wir indessen mit Rücksicht auf den Raum des Blattes nur zum Theil wiedergeben können.

* Die schärfere Praxis der **schweizerischen Polizeibehörden** gegenüber den dortigen **Anarchisten** hat auch in Burgdorf im Canton Bern zu Entdeckungen geführt. Die Polizei hat im genannten Ort zwei fremde Individuen verhaftet und ihre Wohnungen durchsucht, wobei sich mehrere anarchistische Schriften vorgefunden haben sollen. Es sind ein Mechaniker und ein Färber, beide aus Böhmen gebürtig; denselben wurden mehrere Exemplare des berüchtigten Placates der Execution von Newyork („Zum Gedächtniß an den tapferen Mörder Hermann Stellmacher“), sowie einige Exemplare der Most'schen „Freiheit“ abgenommen. Gegen die Beiden ist eine Untersuchung eingeleitet.

* Die **Reise des serbischen Königspaares nach Wien** ist durch einen Eisenbahnunfall unterbrochen worden. Inzwischen sind die Majestäten aber in Wien eingetroffen. Das Wolff'sche Bureau meldet darüber:

* **Pest**, 2. September. Der **König und die Königin von Serbien** sind mit dem Kronprinzen gestern Abend 10½ Uhr hier eingetroffen. Der Zug hatte in Folge eines bei Semlin erlittenen Achsenbruchs eine längere Verspätung.

* **Pest**, 2. September. Der **König von Serbien** ist mit seiner Familie erst heute früh nach Wien weiter gereist, da eine frühere Abreise von hier durch die Meldung gehindert wurde, daß bei Kelenfeld ein Personenzug entgleist sei. In Folge der Gerüchte, daß gegen den König von Serbien ein Attentat geplant sei, waren hier von der Polizei die umfassendsten Sicherheitsmaßregeln getroffen.

* **Pest**, 2. September, Nachmittags. Die in vergangener Nacht bei der Eisenbahnstation Kelenfeld stattgehabte Zugentgleisung war mit einem angeblich gegen den König von Serbien geplanten Attentate in Verbindung gebracht worden. Die „Ungarische Post“ ist dem gegenüber von competenter Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß es sich nach dem Ergebnisse der am Orte der Entgleisung vorgenommenen amtlichen Untersuchung um einen einfachen Eisenbahnunfall handle, der durch die Erweiterung des Schienengleises und durch die morsche Beschaffenheit der Schwellen herbeigeführt sei.

* **Wien**, 2. September, Abends. Der **König und die Königin**, sowie der **Kronprinz von Serbien** sind heute Nachmittag hier eingetroffen.

* Ueber den Ort der **Dreikaiserzusammenkunft** wird uns aus **Warschau** vom 2. September gemeldet:

Im Gegensatze zu anderen Nachrichten, welche, in freien Combinationen, bald den Zusammenkunftsort der Monarchen willkürlich wählen, bald wieder das Project einer Begegnung überhaupt negiren, ist Ihr Correspondent nicht nur in der Lage, seine zuerst gebrachte Mittheilung über die Zusammenkunft der Kaiser vollständig aufrecht zu erhalten, sondern kann die Meldung durch einige weitere Details ergänzen. Die Begegnung findet in dem fürstlich Barjatinski'schen Schlosse nächst Lowitsch statt. Bestimmend für die Wahl dieses Zusammenkunftsortes war einestheils die nicht allzu große Entfernung von der österreichischen Grenze, anderntheils Sicherheitsgründe für die Person des Zaren. Lowitsch besitzt noch halbstündiger Bahnfahrt von Skiernewice zu erreichen. Das Schloß, der Stammsitz der Lowitsch, welches durch Heirath des Fürsten Barjatinski mit einer Gräfin Lowitsch in dessen Besitz kam, befindet sich in unmittelbarer Nähe des Lowitscher Bahnhofes, liegt, sonst isolirt von anderen Häusern, in einem großen Park, welcher wieder in eine weitgedehnte Ebene ausläuft. Auf diese Weise kann eine Ueberwachung des Schlosses leicht durchgeführt werden. Das unbemerkte Nahen einer Person, sei es vom Bahnhofe aus, oder von anderer Seite, ist demnach eine Unmöglichkeit. Ueber die Sicherheitsvorkehrungen, welche während der Reise des Zaren in Rußland und Polen, sowie während seines Verweilens in Warschau getroffen werden, wurde schon mehr als nöthig geschrieben. Sie unterscheiden sich in Nichts von den Maßregeln, welche auch sonst zum Schutze des Kaisers verfügt werden. Hingegen ist meines Wissens noch nichts über die Bewachung Skiernewice's und Lowitschs während des dortigen kurzen Aufenthalts in die Oeffentlichkeit gedrungen.

Von Skiernewice wird ein dichtes Militärspalier die Bahnstrecke bewachen. Der Lowitscher Bahnhof wird in weitem Umkreise von einem mehrreihigen Militaircordon umzogen sein.

Zur Zeit der Anwesenheit des russischen Kaisers in Lowitsch, respective im Schlosse, wird Jedermann, außer für die wenigen hohen Persönlichkeiten, welche zur Suite gehören, der Zutritt möglich sein.

Selbst jene Personen, welche in die große Suite des Zaren rangiren, aber nicht zur directen Begleitung befohlen sind, werden in Lowitscher Bahnhofe bleiben müssen.

Wie es heißt, wird Skiernewice die letzte Bahnstation sein, nach welcher während der Stunden der Fürstenbegegnung in der Route Warschau-Skiernewice-Lowitsch Fahrkarten werden ausgegeben werden.

Die Eisenbahnroute Petersburg-Warschau wird zur Zeit der Reise des Czaren in ausreichendem Maße überwacht werden und mit Rücksicht auf bereits vorliegende Details will ich mir die Wiedergabe von Einzelheiten der Sicherheitsmaßnahmen schenken und nur das Gerücht erwähnen, daß diesmal mehrere dem Hofzuge gleich zusammengestellte Trains von Petersburg abgelassen werden dürften.

Ob die Ausführungen unseres Herrn Correspondenten zutreffen, sind wir nicht in der Lage festzustellen. Wir verzeichnen diese Meldung einfach als ein Gerücht und reihen dasselbe den verschiedenen anderen an, welche über die Begegnung der Monarchen in der Presse umgehen.

* Wegen des Deficits in der von der **Türkei** an Rußland zu zahlenden **Kriegsentschädigung** ist eine Vereinbarung getroffen worden. Danach giebt die Pforte ihre Zustimmung dazu, daß außer dem Zehnten von den Provinzen, der zur Deckung der Ratenzahlungen der Kriegsentschädigung bestimmt ist, auch die anderen Einkünfte jener Provinzen insoweit in Anspruch genommen werden sollen, um die gegenwärtigen Rückstände, sowie irgend welche fernere Deficits zu begleichen. Diese Zahlungen sollen den Vorrang vor den Bedürfnissen der Verwaltung haben.

* Man schreibt uns aus **Brüssel**, 1. September: „Die **große liberale Manifestation** hat gestern programmäßig von Nachmittags ½2 Uhr ab in musterhafter Ruhe und Ordnung, leider aber bei ziemlich regnerischem Wetter stattgefunden. Der gewaltige Zug brauchte, um die Hauptstraßen der Stadt zu durchschreiten, gegen 3 Stunden, und man rechnet, daß rund 50,000 Personen daran Theil genommen haben, während die Zahl der bei Uebergabe der Adresse an den noch in Ostende weilenden König vor dem Palais Anwesenden auf mehr als 100,000 geschätzt wird. Aus allen Theilen des Landes, selbst aus den entferntesten Gemeinden des belgischen Luxemburg, waren Vereine und Deputationen, ihre Fahnen und Musikcorps an der Spitze, herbeigeeilt, um gegen das am Sonnabend votirte Schulgesetz zu protestiren. Die Stadt Antwerpen hatte mit einer ganzen Reihe von Extrazügen allein gegen 8000 Personen entsandt und das als klerikal bekannte Arrondissement Mecheln (Malines) über 1200. In allen Straßen, die der Zug durchschritt, wurde derselbe mit Enthusiasmus empfangen; es war, als ob das verhaßte Gesetz mit einem Schlage die gesammte Bevölkerung der Hauptstadt dem Liberalismus wiedergewonnen habe. — Man ist nun hier in allen Kreisen auf das Höchste gespannt, ob der König die Sanction des Gesetzes versagen wird und wie die Communalwahlen vom 29. October ausfallen werden, die für die Geschichte des Landes diesmal von ganz besonderer Bedeutung sind. Nach dieser imposanten liberalen Kundgebung dürfte die für künftigen Sonntag geplante klerikale Gegenmanifestation sich einigermaßen kläglich ausnehmen.“

* Die jüngste Rede, welche Herr **Gladstone in Edinburg** gehalten hat, wird nicht ermangeln, in Deutschland ebenso lebhaftes wie freudiges Staunen hervorzurufen. Bisher hatten wir immer gemeint, die colonialen Bestrebungen der Deutschen würden von unseren Vettern jenseits des Canals mit scheelen Augen angesehen, und in der That, was diesbetreffs aus officiellen und nichtofficiellen englischen Kreisen verlautete, klang deutschen Ohren nichts weniger als Vertrauen erweckend. Durch die Rede des Herrn Gladstone indessen werden wir eines Besseren belehrt. Diejenigen deutschen Zeitungen, welche ihren Lesern erzählten, daß Engländer und Schotten von der colonialen Action Deutschlands nichts wissen wollten, haben sich eines gröblichen Irrthums, wenn nicht gar einer absichtlichen Täuschung, schuldig gemacht. Ganz im Gegentheile, in England und Schottland herrscht eitel Freude und Frohlocken ob der Entfaltung der deutschen Flagge in Lüderitzland und Kamerun. Und Herr Gladstone persönlich regelt sein Verhalten gegenüber der deutschen Colonialpolitik nach dem schönen Grundsatze: „Was du nicht willst, das man dir thu, das füg auch keinem andern zu“. Die Edinburger Rede des englischen Premiers bezeichnet einen Umschwung seiner Politik, der hoffentlich auf das Londoner Colonialamt zurückwirken und so dazu beitragen wird, die momentan bei uns herrschende Verstimmung gegen England allmälig wieder zu vermindern.

* Der Rochefort'sche „Intransigeant“ hat die alten Briefe des **Kaisers Napoleon III.** und der **Königin von Holland** gefunden und sucht dermalen wieder die Welt mit dem Gespenst einer **Bedrohung Hollands durch Deutschland** zu ängstigen. Es war das die Parole, die von dem französischen Kaiserreich in der Zeit von 1866—70 ausgegeben wurde, wo französische Minister plötzlich den Zuydersee entdeckt hatten und der Versuchung nicht widerstehen konnten, dieses geographische Novum in politischen Reden zu verwerthen. Die Anregung zu dieser Erweiterung der ministeriellen Geographie entstammte, wie man sagt, der Privat-Correspondenz der dem neuen Norddeutschen Bunde abgeneigten und dem Kaiser Napoleon vollständig ergebenen damaligen Königin der Niederlande. Wir erwähnen diesen Umstand nur wegen der Curiosität, die darin liegt, daß der „Intransigeant“ des Herrn Rochefort schließlich sich die Politik Napoleon's III. und des Herrn Rouher aneignet. Hinter diesen Winkelzügen der Partei Rochefort steckt im Grunde doch nur das alte Geschrei der weißen Blousen von 1870 „A Berlin“, und die Fraction des „Intransigeant“ muß sehr heruntergekommen sein, wenn sie zu der ultima ratio aller Parteipolitiker greift, Krieg mit dem Auslande behufs Verwirklichung ihrer Pläne im Inlande zu erstreben.

* Aus Paris gehen der „Politischen Correspondenz“ einige dem Tagebuche eines soeben aus **China** zurückgekehrten **französischen Reisenden** entnommene Daten über das himmlische Reich zu. Sie lassen China, von dem man im Allgemeinen mangelhafte und falsche Vorstellungen hat, in einem neuen Lichte erscheinen.

„China“, so schreibt der erwähnte Gewährsmann, „ist nicht in dem Grade centralisirter Staat mit einem absoluten Souverain, wie man gemeinhin annimmt. Die katholischen Missionaire waren es, welche die Behauptung, China sei ein centralistischer und absolutistisch regierter Staat, verbreiteten, und die Botschaften und Reisenden, welche die Küste besuchten, adoptirten diese Anschauung, ohne sie zu prüfen. Sie ist jedoch keineswegs zutreffend. Das Familiensystem ist in China ein primitives geblieben. Die väterliche Macht ist eine sehr ausgedehnte, die Stellung der Frau eine untergeordnete. Das Gesellschaftssystem ist dagegen bereits vor 4000 Jahren ziemlich vorgeschritten gewesen. Es hat sich unter dem Einflusse der Lehren des Confutsé in originaler Weise entwickelt. Wenn man um 1900 Jahre zurückgeht, so erscheint China als eine egalitäre Demokratie, welche von Beamten, die aus allen Volksschichten hervorgingen, verwaltet

SLUB
Wir führen Wissen.